

KOMMENTAR



Christoph Reiterer
über die Beibehaltung des Systems der JA Sonnberg.

Problem, das nur aufgeschoben ist

Viele, die mit der unmittelbaren Arbeit in der Justizanstalt Sonnberg vertraut sind, hatten es gleich prophezeit. Jetzt ist auch eine Expertenkommission zu dem Schluss gekommen: Das mit der Aufnahme von geistig abnormen Rechtsbrechern in diesem gut funktionierenden Gefängnis wird nichts. Zu kompliziert und zu teuer wäre die Umsetzung. Und natürlich gelangte man nun zur Erkenntnis, dass die abnormen Rechtsbrecher gerade eher weniger als mehr werden.

Letztere Feststellung ist wohl als statistische Spitzfindigkeit einzuordnen. Schließlich hat der Leiter der Vollzugsdirektion erst vor einem Jahr vermeldet, dass die Gefängnisse voll wie nie seien und er „in den nächsten Jahren“ nicht mit einer Entspannung rechne. Und dass der Verein Pro mente plus in Maisau und Unteralb mit einer Einrichtung für ehemalige Straftäter mit psychischen Problemen abgeblitzt ist, ist auch nicht vergessen.

Die (Re-)Integration solcher Menschen in die Gesellschaft ist also ein Brocken, an dem noch schwer zu schleppen sein wird. c.reiterer@noen.at

HERR LEOPOLD



Spitzen Baugrund, den keiner will?

Der Oberalber Spitz heißt jetzt „Im Weinberg“. Wenn dort keiner die Baugrundstücke will, machen wir halt ein Party-Gelände draus und nennen's „Spitzerl im Weinberg“ ...

Sonnberg bleibt ohne

Justizanstalt | Die Vollzugsdirektion hat entschieden: Projekt

Von Sandra Frank

SONNBERG | Im vergangenen Jahr wurde geprüft, unter welchen Bedingungen sogenannte 21/2er – geistig abnorme Rechtsbrecher, die zum Zeitpunkt der Tat zurechnungsfähig waren – in der Justizanstalt (JA) Sonnberg untergebracht werden können. Die Evaluierung ist abgeschlossen und wurde der Vollzugsdirektion vorgelegt. „Wir werden dem Ministerium vorschlagen, das Projekt in Sonnberg vorerst nicht zu realisieren“, berichtet Christian Timm, stellvertretender Leiter der Vollzugsdirektion, im Gespräch mit der NÖN.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Das organisatorische Gefüge der Anstalt müsste verändert werden, ein Zu- oder Umbau wäre notwendig, personelle Investitionen müssten vorgenommen werden. Außerdem verlangt das neue Regierungsprogramm, dass die Regelungen des Maßnahmenvollzugs noch genauer geprüft werden müssen. Ausschlaggebend für das vorläufige „Nein“ der Vollzugsdirektion ist aber vor allem, dass „die Zahlen in den letzten eineinhalb Jahren bei den neu eingewiesenen 21/2ern stagnieren und sogar ganz leicht rückläufig sind“, erklärt Timm.

Daher wolle die Vollzugsdirektion keine großen Verände-



Fotos: Frank, Archiv

Mit 21/2ern hätte das Personal der JA Sonnberg um 35 bis 40 Mitarbeiter aufgestockt werden müssen.

rungen in einer gut funktionierenden Anstalt wie Sonnberg vornehmen, „wenn es vielleicht gar nicht nötig ist“. Vom Tisch ist das Projekt allerdings nicht. „Wenn die Zahlen wieder steigen, muss man es sich wieder anschauen“, so der Sprecher der Vollzugsdirektion.

„Durch das professionelle Herangehen an die Materie 21/2 wäre es sicher zu einer Aufwertung der Anstalt gekommen“, sagt Wolfgang Huber, Leiter der JA Sonnberg. Natürlich nur, wenn mit der neuen Insassengruppe auch mehr Personal gekommen wäre. Nur so hätte ein

qualitativer Vollzug gewährleistet werden können. „Es hätte neue Arbeitsplätze in der Region geschaffen“, spricht Huber von 35 bis 40 Stellen mehr, von Justizwachebeamten über Betreuer und administrative Mitarbeiter.

„Wir raunzen nicht, wir kommen aus. Aber wir liegen personell definitiv am Ende der Fahnenstange“, hätte Huber eine neue Aufgabe nur mit mehr Personal stemmen können. „Darum gilt mein Dank der Projektgruppe, die ihr Know-how eingebracht hat. Das war ein nicht zu unterschätzender Mehraufwand“, ist dem Anstaltsleiter bewusst, dass die Evaluierung eine große Belastung während des normalen Betriebes für die Mitarbeiter gewesen ist.

Die Entscheidung der Vollzugsdirektion kann er nachvollziehen: „Wenn man etwas Neues auf die Beine stellt, dann muss es auch dem entsprechen, was gefordert wird.“ Die Ängste, die seine Mitarbeiter zu Beginn des Projektes – Ende 2011 noch unter Anstaltsleiter Thomas Binder – beschäftigten, seien im Verlauf des Projektes verschwunden. „Es ist ziemlich neutral betrachtet worden.“

Jetzt müssen Vorhaben, die beim Projekt mitgelaufen wären, einzeln umgesetzt werden, wie zum Beispiel ein neues Besucherzentrum.

MEINUNG



Christian Lausch,
FPÖ-Abgeordneter im Nationalrat und Justizwachebeamter:

„Ich nehme es wohlwollend entgegen, dass das Projekt der geistig Abnormen in Sonnberg auf Eis liegt. Momentan freut mich das natürlich, aber ich hoffe, dass Sonnberg und auch der Bezirk Hollabrunn in Zu-

kunft verschont bleiben. Aufgeschoben ist ja leider nicht abgesagt. Und wenn der Bedarf wieder steigt, dann kann es schnell gehen und das Projekt wird realisiert. Aber trotz dieser Entscheidung, das Projekt vorläufig aufzuschieben, hat sich die Meinung der FPÖ nicht geändert. Der Bezirk leistet bereits genug für den Maßnahmenvollzug, mit Göllersdorf haben wir schon genug geistig Abnorme. Als wirtschaftlich marode Stadt

würde Hollabrunn ein solches Projekt nicht verkraften. Ich vermisse vor allem den Willen der Vollzugsdirektion, noch andere Projekte zu prüfen, ob 21/2er in anderen Anstalten untergebracht werden können. Das Justizbudget liegt auf dem Tisch, aber die Aufteilung noch nicht. Ich glaube, man hat einfach das Geld nicht, um den Umbau zu finanzieren und die nötigen Planstellen einzurichten.“